Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Presseinformationen > 161/2009: Ost-West-Angleichung bei Beamtenbesoldung gefordert

Friedrich: LINKE setzt sich durch – Familienzuschlag für kinderreiche Beamte in Sachsen wird erhöht

Vor der morgigen abschließenden Beratung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung für ein „Sechstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes" (Drucksache 4/14.858) sagt **Dr. Michael Friedrich, Obmann der Linksfraktion im Innenausschuss**:

Auch über zwei Jahre nach der Föderalismusreform ist die Staatsregierung nicht imstande, die vom Bund auf den Freistaat übergegangenen Kompetenzen im Bereich der Besoldung und Versorgung sinnvoll auszugestalten. Ängstlich werden lediglich einige Urteile aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung ins Gesetz übernommen. Damit bleibt die in der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD versprochene grundlegende Dienstrechtsreform, die zu einem flexiblen, bedarfsgerechten und leistungsorientierten Personaleinsatz hoch qualifizierten und gut motivierten Personals führen sollte, endgültig auf der Strecke.

Bemerkenswert ist, dass sich die Staatsregierung nun endlich dazu durchringen musste, den Familienzuschlag für kinderreiche Beamte zu erhöhen. Die Linksfraktion hatte dies bereits bei der Diskussion zum 5. Änderungsgesetz zum Sächsischen Besoldungsgesetz im Oktober 2007 mit einem entsprechenden Änderungsantrag gefordert, den die Koalitionsmehrheit jedoch abgelehnt hat. Damit wurde den Beamten mit drei und mehr Kindern die Last auferlegt, das ihnen nach der eindeutigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. November 1998 (!) zustehende Recht einer „familienfreundlichen Alimentation" erst jeweils individuell vor Gericht einklagen zu müssen. Diese sozialpolitische Ignoranz der Staatsregierung hat dazu geführt, dass in Sachsen jahrelang die Gerichte an die Stelle der Legislative treten mussten.

Eine pure Selbstverständlichkeit ist die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung für die Beschäftigten der Länder vom 1. März 2009 auf die Besoldung und Versorgung der Beamten, Richter und Professoren des Freistaates, die von meiner Fraktion selbstverständlich begrüßt wird. Dabei vermisst die Linksfraktion allerdings die vollständige Angleichung der Besoldung Ost an West ohne Unterscheidung zwischen niedrigeren und höheren Besoldungsgruppen. Damit wird weiterhin ab der völlig willkürlich als Grenzlinie gezogenen Besoldungsgruppe A 10 die Spaltung zwischen Ost und West aufrechterhalten und die ungleiche Besoldung bei gleichen Leistungen fortgeführt. Fast 20 Jahre nach der politischen Einheit ist das ein Anachronismus, der seinesgleichen sucht.

Veröffentlicht am:
14:47:18 29.04.2009 *von Elke Fahr*

http://www.linksfraktionsachsen.de/index.php?section=news&cmd=details&newsid=373&printview=1 Powered by Contrexx WCMS